

(S. 6)

4. Unsere Ziele

Stand: 5. Mai 2009

Frank-Walter Steinmeier: Ein sozialdemokratischer Bundeskanzler.

Kommentar: Wenn der SPD zu ihren Zielen nicht viel mehr einfällt als Frank-Walter Steinmeier (oder ist es Frank Steinmeier?) zum Kanzler machen zu wollen, kann es mit den Inhalten der SPD nicht weit her sein.

(S. 12)

Managerinnen und Manager besser ausbilden. Jahrzehntlang wurden Fragen der Unternehmensführung ausschließlich aus der Marktlogik heraus betrachtet. Dies hatte auch Auswirkungen auf die Ausbildung von Managerinnen und Managern. Im Studium geht es bisher vor allem um die Vermittlung von analytischen und quantitativen Techniken und noch viel zu wenig um die Entwicklung von Verantwortungsgefühl und sozialer Kompetenz. Wer verantwortungsvolle Unternehmen fordert, braucht verantwortungsbewusste Manager. Dies muss sich zukünftig schon in der Ausbildung widerspiegeln.

Kommentar: Was meint die SPD mit einer Managerausbildung? Und sollen dann nur noch Personen mit dieser Ausbildung eine Führungsposition übernehmen dürfen? Unter den Top-Managern in Deutschland befinden sich Wirtschaftswissenschaftler, Juristen, Elektrotechniker, Biologen, Maschinenbauer oder auch studierte Philosophen und viele weitere Akademiker. Lösung wäre: In jedem Studiengang ein verpflichtendes Seminar: Ethik für potentielle Top-Manager. Und weil viele zukünftige Manager im Ausland studieren, muss man dies natürlich auch gleich international durchsetzen. Wenn solche Forderungen aufgestellt werden, müssen diese auch zu Ende gedacht werden.

„Gute Arbeit“ als Bewertungsmaßstab. Wir werden durchsetzen, dass sich Unternehmen an dem Prozess der Erstellung eines Human-Potential-Index beteiligen, der die Qualität ihrer Arbeitsplätze unter dem Gesichtspunkt „Gute Arbeit“ vergleichbar macht.

Kommentar: Zwar ist an der einen oder anderen Stelle im Programm der SPD von Bürokratieabbau die Rede, doch was hier vorgeschlagen wird, ist Bürokratie pur. Will hier der Staat jeden einzelnen Arbeitsplatz prüfen und bewerten? Vielleicht noch ein Schwarze Liste böser Arbeitnehmer erstellen? Eins ist sicher: Die Qualität der Arbeitsplätze ändert sich dadurch nicht, aber die Zahl der Arbeitsplätze. Es werden weniger.

(S. 15)

Zukunft der Steinkohle. Der deutsche Steinkohlebergbau hat wesentlich beigetragen zum Aufbau des Landes und zum Wohlstand. Er ist inzwischen reduziert auf einen niedrigen Sockel. Der ist aber zukunftsfähig. Wir wollen deshalb, dass die Revisionsklausel für den Deutschen Steinkohlebergbau schon rechtzeitig vor 2012 wirksam gemacht und so das faktische Auslaufen des Steinkohlebergbaus verhindert wird.

Kommentar: Wofür Dauersubventionen in die Vergangenheit gut sein sollen, kann wohl auch bei der SPD niemand sagen. Eventuell bringt das die eine oder andere Stimme. Die FDP will das Geld der Steuerzahler lieber in die Zukunft investieren. Deshalb haben wir bereits 2005 beschlossen: Ausstieg aus der Subventionspolitik: Mehr Kohle für die Bildung statt mehr Kohle für die Kohle

(S. 16)

Wir wollen eine abgeschlossene Berufsausbildung oder Abitur für jede und jeden.

Kommentar: Am besten schreiben wir gleich fest, dass jede Bürgerin und jeder Bürger mit Erreichen des 18. Lebensjahr das Abitur vom Staat geschenkt bekommt. Leider steht hier nicht, dass es Abitur und Ausbildung nicht geschenkt gibt. Die FDP will Chancengleichheit für alle. Dafür erwarten wir auch, dass sich, wer was erreichen will, anstrengt. Leere Versprechungen helfen hier nicht weiter. Erst recht keine Abwertung von Bildungsabschlüssen.

(S. 18)

Recht auf Nachholen eines Schulabschlusses für alle. Wir werden nicht hinnehmen, dass bis zu 80.000 Schülerinnen und Schüler pro Jahr die Schule ohne einen Abschluss verlassen. Jede und jeder erhält eine zweite oder dritte Chance. Deshalb wollen wir das Recht, den Schulabschluss jederzeit gefördert nachholen zu können. Wir werden dafür sorgen, dass Schülerinnen und Schüler mit rechtzeitiger Berufsorientierung und Berufseinstiegsbegleitung schon in der Schule auf die Ausbildung vorbereitet werden.

Kommentar: Wie sieht denn hier die Förderung aus? Soll jeder, der das Abitur nachholen möchte, mal eben von seinem Arbeitgeber freigestellt werden? Die Lohnfortzahlung übernimmt der Steuerzahler? Die Ausgestaltung der Förderung wäre hier interessant. Uns ist kein Gesetz bekannt, dass irgendjemandem verbietet, einen Schulabschluss nachzuholen. Aber auch hier muss man die SPD daran erinnern: Der Staat kann keine Schulabschlüsse verschenken.

(S. 19)

Wir wollen eine Berufsausbildungsgarantie für alle, die älter als 20 Jahre sind und weder Berufsabschluss noch Abitur haben.

Kommentar: Interessant. Vielleicht sollte die SPD mit gutem Beispiel voran gehen und alle, die keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, selber ausbilden. Denn leider ist der Staat der denkbar schlechteste Ausbilder. Es muss viel früher angesetzt werden, um Ausbildungsreife zu schaffen. Wenn man dann noch aufhört, die Arbeitgeber mit Bürokratie für jeden neuen Ausbildungs- und Arbeitsplatz zu überfrachten, etwa im Sinne eines Human-Potential-Index (s.o.), werden die Jugendlichen auch Ausbildungsplätze finden.

Die Arbeitslosenversicherung wird zur Arbeitsversicherung.

Kommentar: Soweit ist es schon: Die SPD will nicht mehr gegen Arbeitslosigkeit, sondern gegen Arbeit versichern.

(S. 25)

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Regierungsverantwortung stehen dafür, dass sich die Gesamtsteuerlast gerecht nach Leistungskraft verteilt. Das heißt für uns: Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache. Denn sie können mehr tragen als schwache.

Kommentar: Dann darf den starken Schultern aber nicht der Boden unter den Füßen weg gezogen werden. Starke Schulter, die schwere Lasten tragen, brauchen gute Rahmenbedingungen, um nicht alle Last von sich werfen zu müssen und um nicht einzubrechen.

Einem weitergehenden Steuersenkungswettbewerb werden wir entschieden entgegentreten. Gewinnverlagerung, Steuergestaltung und übermäßiger Fremdfinanzierung globaler Konzerne wollen wir auch weiter Einhalt gebieten. Wer seine Gewinne in Deutschland erwirtschaftet, soll hierzulande seine Steuern zahlen.

Kommentar: Und wer herzulande investiert, muss auch was von seinen Investitionen haben, darf nicht durch Bürokratie erstickt werden und sollte gefördert statt verteufelt werden. Steuersenkungswettbewerb nennen wir Wettbewerb der Steuersysteme. Dieser dient Bürgern und Unternehmern. Deshalb müssen wir uns zuerst um die Steuerwüste Deutschland kümmern, bevor wir auf die Oasen schimpfen und diese austrocknen wollen.

(S. 26)

300 Euro Lohnsteuer-Bonus. Wir bieten allen 30 Millionen Lohnsteuerpflichtigen an, künftig per Postkarte an das Finanzamt auf die jährliche Einkommensteuererklärung verzichten zu können. Damit sich das für die Steuerzahler rechnet, erhalten Ehepaare einen Lohnsteuer-Bonus in Höhe von 600 Euro pro Jahr und Singles in Höhe von 300 Euro. Der Bonus entlastet alle, die ihn nutzen wollen und vereinfacht das Steuerverfahren.

Kommentar: Glücklicherweise hatten positive Reaktionen auf diese Idee seltenheitswert. Viele Bürger sind verpflichtet, Steuererklärungen abzugeben. Dazu gehören etwa Kurzarbeiter oder Ehepartner mit unterschiedlichen Steuerklassen. Wer sich im Sinne des Staates verhält, also eine Riesterrente abgeschlossen hat oder nach Rürup fürs Alter vorsorgt, ist zu eigenverantwortlich, um von dem Bonus zu profitieren. Auch wer eine Zusatzstätigkeit ausübt, um sich und seiner Familie mehr Auskommen zu erarbeiten oder sich unabhängig von staatlichen Leistungen machen will, muss eine Steuererklärung machen und zahlt mit seinen Steuern den Bonus der anderen. Mal wieder heißt es: Der Fleißige ist der Dumme. Auch die Begründung der SPD, durch den Bonus könnten sich viele den großen Zeitaufwand sparen und müssten sich nicht mit der komplexen Materie beschäftigen, ist fadenscheinig. Lieber sollte endlich das Steuerrecht entrümpelt werden, als sich für die zu große Komplexität mit 300 Euro zu entschädigen. Die FDP stattdessen setzt sich für eine umfassende Steuerstrukturreform ein.

Auch die Finanzämter profitieren. Die Finanzämter werden deutlich entlastet, denn dort fällt weniger Arbeit an. Damit werden Kapazitäten frei, die wir für eine konsequente Verfolgung der Steuerhinterziehung nutzen können.

Kommentar: Auch diese Aussage wurde glücklicherweise zu Recht durch Medien als Wählertäuschung entlarvt. Statt Bürokratieabbau wird neue Bürokratie geschaffen. Die Finanzämter werden mit Postkarten von Personen überschüttet, die in den letzten Jahren nie mit den Finanzämtern zu tun hatten. Entbürokratisierung à la SPD.

(S. 27)

Anhebung des Spitzensteuersatzes als „Bildungssoli“. Wir machen mit dem Ziel des Bildungsgipfels 2008 Ernst, die gesellschaftlichen Ausgaben für Bildung und Forschung bis zum Jahr 2015 auf 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen und unser Land im Bildungsbereich zukunftsfähiger zu machen. Um dieses Ziel erreichen zu können, schlagen wir einen Zuschlag als „Bildungssoli“ bei der Besteuerung höchster Einkommen vor. Dabei wird der Spitzensteuersatz auf 47 Prozent ab einem zu versteuernden Einkommen von 125.000 Euro (Verheiratete 250.000 Euro) angehoben.

Kommentar: Der Ruf nach einer Zwangsabgabe für die Bildung demonstriert die enorme Einfallslosigkeit bei der SPD. Ohne Zwang als Gestaltungsmittel der Politik geht es bei der SPD wohl nicht mehr: erst die Idee der Ausbildungsplatzabgabe und nun der Bildungssoli. Der Bildungssoli ist der falsche Weg. Wir Liberalen favorisieren die Einführung von Bildungsgutscheinen, die für jedes Kind ab dem vollendeten ersten Lebensjahr ausgegeben werden sollen.

(S. 29)

Alterssicherung in der zweiten und dritten Säule. Der Ausbau der betrieblichen Altersversorgung als zweite Säule und der geförderten privaten Vorsorge („Riester- Rente“) als dritter Säule, ist ein Erfolg sozialdemokratischer Politik.

Kommentar: Schade nur, dass man im Falle der privaten Vorsorge auf die 300€ Steuerbonus verzichten muss.

(S. 30)

Für uns ist die Verbesserung und Erhaltung der Gesundheit aller Bürgerinnen und Bürger Aufgabe und Verantwortung staatlicher Daseinsvorsorge.

Kommentar: Bei uns liegt „die Verbesserung und Erhaltung der Gesundheit“ der Bürger zu allererst in den Händen der Bürger selbst. Der Staat ist nicht für alles zuständig. Wer gesund lebt und Vorsorge betreibt, muß Vorteile haben. Wer glaubt der Staat könne für die eigene Gesundheit sorgen, wird schwer enttäuscht werden, egal, welche Partei die Regierung stellt.

Alle Bürgerinnen und Bürger einbeziehen. Mit der Versicherungspflicht für alle, einem gerechten Ausgleich der unterschiedlich verteilten sozialen Risiken und der Krankheitsrisiken (Risikostrukturausgleich) und dem Einstieg in die Steuerfinanzierung haben wir wichtige Schritte zu einem solidarischen Gesundheitswesen für alle Bürgerinnen und Bürger getan. Diesen Weg wollen wir fortsetzen.

Kommentar: Wie erfolgreich dieser Weg war, wird derzeit überdeutlich. Die Gesundheitsversorgung ist teuer, aber nicht besser geworden. Patienten leiden unter schlechter Versorgung, stärkerer Belastung und unzufriedenen Ärzten. Ärzte werden geschröpft, Leistung wird bestraft und Freiberuflichkeit bekämpft. Diesen Weg auch noch fortsetzen zu wollen, halten wir für unverantwortlich.

S. 31

Mit der Gesundheitsreform von 2007 haben wir die Basis für ein modernes, leistungsfähiges und faires Gesundheitswesen und eine gerechte Verteilung der Beitragsmittel geschaffen.

Kommentar: Wir sagen: Mit der Gesundheitsreform 2007 hat die SPD die Basis für ein bürokratisches, undurchsichtiges und teures Gesundheitswesen und ein munteres Umverteilen der Beitragsmittel geschaffen, ohne damit auch nur einem Patienten zu helfen.

Flache Hierarchien, Entlastung der Ärzte von bürokratischen Aufgaben durch spezialisierte Assistenzkräfte und mehr technologische Unterstützung, mehr Kompetenzen für pflegerische Berufe sind der Weg der Zukunft.

Kommentar: Wieder ein Beispiel für die seltsamen Vorstellung von Bürokratieabbau im SPD-Programm: Um die Ärzte von Bürokratie zu entlasten, sollen mehr Assistenzkräfte eingestellt und die technologische Unterstützung vergrößert werden. Einfach für die Politik, teuer für die Ärzte. Stattdessen fordert die FDP, dass Überprüfungen und Kontrollen auf das notwendige Maß reduziert werden.

S. 36

Ausländischen Beispielen folgend wollen wir in den Aufsichtsgremien von Unternehmen eine Frauenquote von 40 Prozent einführen.

Kommentar: Über Posten sollte nur die Qualifikation entscheiden, nicht das Geschlecht.

S.38/39

Wir bleiben die Kommunalpartei, die für eine gute Finanzausstattung der Kommunen sorgt, die Daseinsvorsorge sichert und lokale Handlungsmöglichkeiten erweitert. Wir haben die Gewerbesteuer gestärkt und wollen sie als wichtige Einnahmequelle der Kommunen erhalten.

Kommentar: Stattdessen fordert die FDP in ihrem Wahlprogramm: „Die Finanzen der Kommunen müssen auf eine solide Grundlage gestellt werden, indem die konjunkturanfällige Gewerbesteuer durch einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer und ein eigenes Hebesatzrecht der Kommunen auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer ersetzt wird.“

S. 39

Die Modernisierung von Wohnungen darf jedoch nicht zur Explosion der Mieten führen. Heute ist es möglich, aufgrund von Modernisierungsmaßnahmen die Miete dauerhaft anzuheben. Das wollen wir ändern. Künftig sollen nur noch die wirklichen Kosten umgelegt werden dürfen. Allgemeine Mieterhöhungen durch Modernisierung sind damit ausgeschlossen.

Kommentierung: Damit werden alle heute bestehenden Anreize für Modernisierungen genommen. Handwerker und Mittelstand werden es danken.

S. 41

10. Sicher leben in Deutschland

...

Das marktradikale Denken der letzten Jahrzehnte hat das Klima rauer gemacht, den Konkurrenzkampf verschärft.

Kommentar: Das die Marktwirtschaft jetzt sogar schon als Sündenbock für die sich angeblich verschlechternde Lage der Inneren Sicherheit in Deutschland verantwortlich gemacht wird, ist ein neuer Höhepunkt des Linksrucks der SPD. Zumindest in den letzten 10 Jahren wurde die Wirtschaftspolitik maßgeblich von der SPD mit getragen. Hat sich die Sicherheitslage verbessert? Für die FDP ist die Soziale Marktwirtschaft garant für Frieden und Wohlstand in Deutschland.

S. 44/ 45

Wir werden ein Bundesalleenprogramm und ein Grünbrückenprogramm starten, mit dem wir Alleen erhalten und mit Grünbrücken die bestehende Zerschneidung der Landschaft vermindern.

Kommentar: Wenn es keine wichtigeren Probleme gibt...

Nach einer Verständigung auf Obergrenzen für künftige jährliche Siedlungsausweitungen, erhalten Kommunen Flächenzertifikate, die sie untereinander handeln können.

Kommentar: Auch diese Maßnahme wird schwerlich zum Bürokratieabbau beitragen.

S. 46

Eine Ampelkennzeichnung ist auch eine wichtige Maßnahme vorsorgender Gesundheitspolitik.

Kommentar: Diese Bevormundung der Bürger wird es mit der FDP nicht geben. Wir fordern in unserem Programmentwurf: „Die FDP setzt im Ernährungsbereich neben gesetzlichen Initiativen zum Verbraucherschutz verstärkt auf Eigenverantwortung, Anreizsysteme und Wettbewerb. Wir wollen eine transparentere Nährwertkennzeichnung der Lebensmittel. Liberale sind aber gegen die politische Steuerung des Konsums und Bevormundung der Verbraucher. Werbeverbote für vermeintlich ungesunde Lebensmittel und ein Ampelsystem zur Lebensmittelkennzeichnung lehnen wir daher ab.“

S. 49

Wir betrachten den Kampf gegen Rechtsextremismus als eine der wichtigsten Aufgaben unserer Gesellschaft.

Kommentar: Eine richtige und wichtige Aussage. Aber wurde hier nicht etwas vergessen? Die FDP positioniert sich im ihrem Programmentwurf wie folgt: „Freiheit wird durch politischen Extremismus gefährdet. Links- und Rechtsextremismus stellen gleichermaßen die Grundrechte und den Rechtsstaat in Frage. Beide behaupten, im Besitz letzter Wahrheit zu sein und lehnen das demokratische Ringen um die richtigen Antworten ab. Die FDP bekämpft politischen Extremismus jeder Art.“

Das der Linksextremismus nicht zu unterschätzen ist, bestätigt auch das Bundesamt für Verfassungsschutz: Demnach wurden 2007 mit linksextremistischem Hintergrund 5.866 Straftaten (rechts: 17.176), hiervon 1.247 (rechts: 980) Gewalttaten, zugeordnet (www.verfassungsschutz.de).

S.51

Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise eröffnet neue Möglichkeiten zur politischen Neuordnung der weltweiten Finanzarchitektur. Wir wollen starke internationale Institutionen, die für Transparenz und Risikokontrolle sorgen und Fehlentwicklungen vermeiden. Kein Markt, kein Akteur, kein Staat und Territorium, kein Produkt darf unbeaufsichtigt bleiben!

Kommentar: Willkommen im Überwachungsstaat. Niemand bleibt unbeaufsichtigt. Das kommt wohl eher einer Drohung als einem Wahlversprechen gleich.

S.52

Wir wollen alles tun, um die Millenniums- Entwicklungsziele bis zum Jahr 2015 zu erreichen. Im Rahmen unserer Entwicklungspolitik werden wir mehr in die ländliche Entwicklung, in den Klimaschutz, in die Anpassung an den Klimawandel und in Erneuerbare Energien investieren. Wir wollen unsere Partnerländer beim Ausbau sozialer Sicherungssysteme sowie eines effizienten und gerechten Steuersystems unterstützen.

Kommentar: Als Berater in Sachen Steuerpolitik hat sich die SPD durch ihr Wahlprogramm vollkommen disqualifiziert.

S. 53

Die europäische Wirtschafts- und Währungsunion muss durch eine europäische Sozialunion ergänzt werden.

Kommentar: Dann würde das deutsche Sozialsystem noch komplizierter und für die Bürger noch weniger durchschaubar. Die FDP hingegen ist für die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips. Politik sollte so nah wie möglich am Menschen gemacht werden. Europa darf nur da zuständig sein, wo sie die Aufgaben am besten erledigen kann. Auf die Sozialpolitik, die in erheblichem Umfang von regionalen und nationalen Besonderheiten geprägt ist, darf die EU keine Kompetenzen erhalten.

S. 59

Wer das Land zusammenführen und die Spaltung zwischen den Starken und den Schwachen überwinden will, muss SPD wählen.

Kommentar: Denn dann werden alle gleich schwach und niemand hat Aufstiegschancen. Dann teilt der Staat zu, wer?, wie viel?, und wovon?, bekommt.

In einer Koalitionsregierung wollen wir unsere sozialdemokratischen Inhalte durchsetzen. Dies gelingt am besten in einem Regierungsbündnis mit den Grünen. Falls eine Dreier- Koalition notwendig wird, halten wir eine Ampelkoalition mit der FDP für geeignet, die anstehenden Aufgaben – Arbeit schaffen, soziale Sicherheit garantieren, gesellschaftlichen Fortschritt gestalten – erfolgreich anzupacken.

Kommentar: Das ist nett gemeint. Mit der Vorlage ihres Programms hat sich die SPD jedoch einen großen Schritt von der FDP entfernt.

S. 60

Die Große Koalition von SPD, CDU und CSU ist in der Demokratie der Ausnahmefall und sollte es bleiben. Darum streben wir kein neues Bündnis mit der Union an. Wenn andere Konstellationen aber nicht möglich sind und unserem Land die Regierungsunfähigkeit droht, werden wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unsere Verantwortung kennen und danach handeln.

Kommentar: Die FDP wird kein angenehmer Koalitionspartner. Für die SPD bequemer wäre mit Sicherheit eine Weiterführung der Großen Koalition und weiterhin der politische Stillstand. Schlecht für Deutschland. Darum: FDP wählen und den Politikwechsel stärken.

Ein Bündnis mit der Partei „Die Linke“ schließen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auf Bundesebene für die gesamte nächste Legislaturperiode aus. Wir werden auch keine Minderheitsregierung bilden, die von der Linkspartei geduldet wird. Unser Land braucht in der schwierigen Zeit, die vor uns liegt, Stabilität und Erfahrung. Beides kann die Linkspartei nicht gewährleisten.

Kommentar: Man darf gespannt sein und für Deutschland ist zu hoffen, dass die SPD dieses mal Wort hält. Die zeitliche Einschränkung („nächste Legislaturperiode“) spricht Bände und weist den Weg, den die SPD in Zukunft zu gehen gedenkt.

Verwendete Dokumente:

Sozial und Demokratisch. Anpacken. Für Deutschland
Entwurf des Regierungsprogramms der SPD (www.spd.de)

Die Mitte stärken.
Deutschlandprogramm der Freien Demokratischen Partei (www.deutschlandprogramm.de)